der Freitag | Nr. 9 | 3. März 2022

Russland wird nicht verschwinden

Exkommunikation Türen fallend krachend ins Schloss, als sollten sie für einen großen Staat auf ewig verriegelt bleiben

■ Lutz Herden

Wer die Schuld eines Krieges auf sich lädt, kann keine unschuldige Sache vertreten. Das galt für die USA 2003 im Irak, das gilt für Russland 2022 in der Ukraine. Und doch gibt es bei der hiesigen Wahrnehmung dieser Intervention einen gravierenden Unterschied, messbar am Grad der Betroffenheit, an Angst, Wut und Verunsicherung. Wenn ein Teil Europas zum Kriegsschauplatz wird, dann überwältigt der Eindruck: Dieser Krieg ist zu hören, zu sehen, zu ahnen, zu fürchten. Er spielt sich vor der eigenen Haustür ab, nicht in der Bergwelt des Hindukusch. Es gab Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Serbien und Libyen, es gibt Jemen, Syrien und Mali. Man sah 2003 die Fernsehbilder der von Raketen getroffenen Häuser in Bagdad, aus denen kein Bewohner mehr gezogen werden konnte, weil man keinen mehr fand. Das alles verblasst, wenn mitten in Europa gekämpft und gestorben, gelitten und geflohen wird wie seit den jugoslawischen Bürgerkriegen vor einem Vierteljahrhundert nicht mehr.

Entsetzen und Erschrecken sind legitime Reaktionen. Sie bleiben es, sofern die Frage geduldet wird, wie es so weit kommen konnte (oder musste) zwischen Russland und der Ukraine, zwischen Russland und der NATO, dem Westen überhaupt. Diese Antipoden werden gerade von erklärten Gegnern zu erbitterten Feinden. Und das womöglich auf unabsehbar lange Zeit. Da hilft es wenig, durch eine rituell anmutende Verdammung des Aggressors zu zelebrieren, auf der richtigen Seite zu stehen, wenn diese Seite zur Front wird. So sehr Wladimir Putin und seine Umgebung in Grund und Boden verurteilt werden – es hält nicht vor, und es reicht schon gar nicht. Vorkehrungen sind zu treffen, um dem großen Crash, dem irreversiblen Inferno, zu entgehen. Politik als Propaganda, die sich in Stimmungen verliert, und eine Hinwendung zum Hochrüsten können kein Ersatz für den Erhalt des Friedens sein.

Wer folgt auf Putin?

Und ein erzwungener Verzicht darauf oder gar das selbst auferlegte Verbot, die Vorgeschichte dieser Eskalation zu erzählen, erst recht nicht. Was allein mit der NATO-Osterweiterung betrieben wurde, hat nicht nur einen ultimativen, sondern für die Ukraine toten Punkt erreicht – in des Wortes doppelter und tragischer Bedeutung. Statt sich unablässig vor eine ukrainische Fahne zu stellen, hätte Olaf Scholz die Führung in Kiew besser von ihren maximalistischen Positionen gegenüber Moskau abbringen und zu substanziellen Verhandlungen bewegen sollen. Augenscheinlich war genau das nicht gewollt.

Wer Wladimir Putin in dieser Situation als irrationalen „Revisionisten" geißelt, der versessen und rachsüchtig so viel von der Sowjetunion zurückhaben will, wie er sich – durch Gewalt – holen kann, missachtet den historischen Verstand. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird nicht als Union der Russland-hörigen Vasallenstaaten auferstehen. Wenn politisches Handeln die Zuschreibung „revisionistisch" verdient, dann bezogen auf ein weltpolitisches Zwischenspiel – mehr Episode als Zäsur – auf der Schwelle zum letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Unerwartet schien ein Europa ohne Blöcke, eine vom Ost-West-Konflikt erlöste Staatenassoziation möglich zu sein. Die auf dem KSZE-Gipfel im November 1990 verabschiedete „Charta von Paris" wies den Weg. Am 1. Juli 1991 löste sich der Warschauer Pakt als östliche Militärallianz auf, womit die NATO Gegner und Daseinsberechtigung verlor, aber nichts davon hielt, dem Rechnung zu tragen. In „revisionistischer" Weise wurde statt neuer Partner das überkommene Lager bevorzugt.

Vorerst sind Kompromisse kaum denkbar, nur Sieg oder Niederlage

Die NATO blieb nicht nur, was und wie sie war, sondern wurde nach Osten verschoben und so offensiv ausgerichtet wie nie zuvor seit ihrer Gründung 1949. Die auf dem Washingtoner Jubiläumsgipfel im April 1999 novellierte Doktrin enthielt eine Out-of-Area-Option, die Militäreinsätze außerhalb des Bündnisgebietes und über eine Bündnisverteidigung hinaus legitimierte. Mit dem seit März 1999 geführten Luftkrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien wurde bereits davon Gebrauch gemacht. Nein, das entschuldigt nicht den Angriff auf die Ukraine, aber es gehört zu seinem Vorlauf.

Wie zu erwarten, wird Russland nun durch den Westen isoliert und mit harten Strafen belegt. Aber Russland verschwindet nicht. Das Schnüren eines Sanktionspaketes nach dem anderen mag über den Augenblick hinweghelfen, ist jedoch keine Strategie. Der russischen Volkswirtschaft maximal zu schaden, um dem Regime Putin das Lebenslicht auszublasen, wenn das Volk verarmt und rebellisch die Gefolgschaft versagt – das läuft eher auf ein Horrorszenario hinaus. Wer folgt auf Putin? Alexej Nawalny? Die frühen 1990er Jahre sollten noch gut in Erinnerung sein. Seinerzeit griffen bürgerkriegsähnliche Zustände wie im August 1991 und Oktober 1993 selbst auf Moskau über, abgesehen von den bewaffneten und brutalen Zusammenstößen an der postsowjetischen Peripherie, die Westeuropa nicht interessierten, weil nicht berührten. Dabei konnte die Zerrüttung von Staat und Gesellschaft in Russland zum Glutbett werden.

Niemand sollte daher die Illusion hegen, aus der Implosion eines Landes von diesen Dimensionen Kapital zu schlagen. Das weltweit zweitgrößte Kernwaffenarsenal bleibt nur unter berechenbaren politischen Zuständen beherrschbar. Die Stabilität der Russischen Föderation liegt im existenziellen Interesse westlicher Gesellschaften, die zwar moderne, trainierte und angriffsfähige Armeen unterhalten, aber selbst nicht kriegsfähig sind. Auf jeden Fall weniger als die russische. Ein hochkomplexer Organismus der Daten- und Wirtschaftskreisläufe, des Verkehrs wie sozialen Lebens führt zu hochverwundbaren, interdependenten Systemen der Daseinssicherung. Längst nimmt deren Krisenresistenz mehr ab als zu. Die Sorge in Deutschland um eine stabile Energieversorgung und den dazu erforderlichen Ressourcentransfer aus Russland spricht Bände. Eine galoppierende Klimaerosion und eine unbewältigte Pandemie überfordern schon jetzt ein konsistentes Konfliktmanagement, das kollektive Akzeptanz statt kognitiver Verweigerung produziert.

Wie hilfreich kann es da sein, Europa auf lange Zeit in zwei Verteidigungs- und politische Ordnungen zu spalten, die sich gegenseitig ausschließen? Hochgerüstete, kriegsfähige Streitkräfte zu unterhalten, gesonderte Regel- und Wertesysteme zu pflegen, über antagonistische Deutungshoheiten zu wachen, heißt Gräben auszuheben, die unüberwindbar sein werden. Die alten Dramen mit den gewohnten Texten. Es drohen Kommunikationskanäle auf lange Zeit verschlossen zu sein, wie sie während des Kalten Krieges so selbstverständlich wie unverzichtbar waren. Russland und der Westen werden es unter diesen Umständen verspielen, zukunftsfähig zu sein. Im Augenblick stellt der Krieg in der Ukraine dafür ebenso die Weichen wie der Drang in Brüssel, Berlin oder Washington, eine Großmacht aus der Weltgemeinschaft exkommunizieren zu wollen.

Von Anfang an

Bis 1990 galt das Axiom, bei aller Konkurrenz der Systeme darf es keinen thermonuklearen Konflikt geben. Die Atomarsenale der Supermächte dienten zur Machtprojektion, erfüllten aber gleichsam den Zweck, einander durch gegenseitige Abschreckung in Schach zu halten. Die Frage wird sein, ob angesichts eines absolut unversöhnlichen West-Ost-Gegensatzes – für den nicht ausgemacht ist, wie allein Russland steht – dies noch zutrifft. Werden gerade die Voraussetzungen geschaffen, davon nichts mehr garantieren, geschweige denn vertraglich fixieren zu können? Die ökonomische Kriegserklärung des Westens dürfte eher bekräftigt als zurückgenommen werden. Sie zielt darauf, den russischen Einmarsch in der Ukraine mit einem von außen geführten Staatsstreich gegen die Regierung Putin zu beantworten. Mehr als nur ein Indiz dafür, wie wichtig der westliche Vorposten Ukraine bislang war und bleiben soll, um Russland zu schwächen. Schließlich war der Kampf um dieses Land von Anfang an vorrangig ein Kampf um Russland, um das politische Sein oder Nichtsein des Systems Putin. Da sind Kompromisse kaum denkbar, nur Sieg oder Niederlage.

ILLUSTRATION: DER FREITAG

Torheit und Trugschluss

Ausblick Der Überfall auf die Ukraine bringt Russland auf Dauer nicht mehr, sondern weniger Sicherheit

■ Hans-Georg Ehrhart

Die Trojaner zogen das hölzerne Pferd in die sicheren Stadtmauern und ermöglichten es so dem Feind, einzudringen. Die Briten verspielten Nordamerika und wurden zum Geburtshelfer der neuen Weltmacht USA und des eigenen Abstiegs. Die Weltmacht USA verrannte sich in den Vietnamkrieg, den sie nicht gewinnen konnte, aber unbedingt führen wollte, und endete in einer moralischen Katastrophe. Die Liste für manchmal an den Tag gelegte Torheit der Regierenden ließe sich verlängern.

Die Historikerin Barbara Tuchman beschreibt sie als eine Art von Missregierung, die dem Eigeninteresse des jeweiligen Staates zuwiderläuft. Es kommt dazu, obwohl es praktikable Alternativen gibt. Die Torheit folgt einer Rationalität, konterkariert aber die eigenen Ziele und führt letztlich ins Desaster. Jüngster Fall solcher Torheit ist Wladimir Putins Invasion der Ukraine, die aus seiner Sicht für die nationale Sicherheit Russlands unverzichtbar ist. Seine Auslegung des 1990 in der „Charta von Paris" festgelegten Prinzips gleicher Sicherheit fordert die Anerkennung dieser russischen Einflusszone. Der Ukraine verheißt das eine nur eingeschränkte Selbstbestimmung und keine NATO-Mitgliedschaft. Neutralität wäre vielleicht ein Modell gewesen, das den Krieg hätte verhindern können, desgleichen ein Moratorium oder gar ein Stopp für die Erweiterung der NATO. Schließlich hatten Deutschland und Frankreich bereits 2008 verhindert, dass ein Aufnahmeprozess mit dem Membership Action Plan beginnt. Im Moment schien ein NATO-Anschluss der Ukraine auf absehbare Zeit kaum denkbar. Man hätte über all das reden können – es gab politische Auswege für den russischen Staatschef.

Vier Annahmen des Kreml

Jetzt setzt Russland militärische Mittel ein, um eine weitere Annäherung des Landes an die NATO zu verhindern und die europäische Sicherheitsstruktur zu verändern. Da der Westen nicht auf das Verlangen nach Sicherheitsgarantien und den vertraglich gesicherten Verzicht auf eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO eingegangen ist, schafft Moskau militärische Fakten. Dabei lässt es sich von vier Annahmen leiten. Erstens werden die USA die Ukraine nicht militärisch verteidigen. Zweitens können die Europäer und besonders Deutschland ihre Abhängigkeit vom russischen Gas kurz- und mittelfristig nicht substituieren, sodass die Einnahmen aus dem Energieexport weiter fließen. Drittens werden die Europäer wegen der Ukraine keinen Krieg wagen, wenn die Nuklearmacht Russland glaubhaft damit droht. Viertens wird die Ukraine rasch besiegt.

Die erste Annahme ist zutreffend. Die USA und die NATO habe sich entsprechend geäußert. Auch die zweite ist plausibel, auch wenn Deutschland seine Energiepolitik wieder radikal auf Kohle und Kernenergie umstellen würde. Die Europäer schreckt zudem das nukleare Eskalationsrisiko. Ob die vierte Annahme gilt, ist weniger klar, obwohl Russland militärisch überlegen ist. Hat Putin also rational gehandelt im Sinne des wohl verstandenen Eigeninteresses des Staates und seiner Bürger?

Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Die europäische Friedensordnung ist zerstört, einem kooperativen Sicherheitsaustausch der Boden entzogen. Ein Zeitalter der Konfrontation beginnt. Die NATO wird aufrüsten und ihre Truppen dauerhaft und nicht mehr nur rotierend in Osteuropa stationieren. Die Beschränkungen aus der NATO-Russland-Grundakte sind obsolet geworden. Deutschland wird einen höheren Rüstungsetat haben als Russland und seine energiepolitische Abhängigkeit so schnell wie möglich reduzieren. Und es wird mit seinen Partnern hohe Kosten für die Sanktionen tragen, doch werden die Kosten für Russland um ein Vielfaches höher sein. In der Ukraine könnte ein kriegerischer Dauerkonflikt entstehen, der viele russische Ressourcen bindet.

Die NATO wird aufrüsten und dauerhaft Truppen in Osteuropa stationieren

All das hat Auswirkungen auf die russische Gesellschaft. Putin mag kurzfristig militärisch erfolgreich sein, gesellschaftspolitisch dürften er und das ihn tragende System früher oder später scheitern. Seine Torheit bringt Russland auf Dauer nicht mehr, sondern weniger Sicherheit – im Innern wie nach außen. Also das Gegenteil von dem, was er eigentlich wollte. Geistiger Stillstand und Stagnation sind nach Barbara Tuchman ein fruchtbarer Boden für Torheit. Bleibt nur zu hoffen, dass die westliche Politik klug und vorausschauend genug ist, um das Schlimmste zu verhindern. Wie nach jedem Krieg stellt sich die Frage nach einer neuen Friedensordnung.

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung Hamburg

Geschärftes Feindbild, gedämpfte Zuversicht

USA Militärisches Denken setzt sich auf ganzer Linie durch. Es wird mit einem langen Krieg in der Ukraine gerechnet

■ Konrad Ege

Joe Bidens Regierung stellt sich auf einen länger anhaltenden Krieg in der Ukraine ein – mit einer gewissen Zuversicht trotz des Leids und der Flucht von Menschen vor Gefechten, Artilleriebeschuss und Raketenangriffen. Wenn Geschichte geschrieben werde über den „vollkommen ungerechtfertigten Krieg", werde Russland schwächer dastehen und der Rest der Welt stärker, versicherte der Präsident in seiner Ukraine-Ansprache. Wie in Europa mehren sich in den USA Forderungen nach mehr Waffen für die Ukraine. Der russische Präsident müsse büßen für seinen Angriffskrieg wie die Sowjets seinerzeit in Afghanistan. Außenminister Antony Blinken vermeldete am Wochenende, er habe soeben „Sicherheitshilfe" im Wert von 350 Millionen Dollar für die Ukraine bewilligt. Der Kongress berät noch über weitreichende Maßnahmen.

Joe Biden bleibt trotzdem vorsichtig. Auch wenn er erklärt, Putin sei der Aggressor und müsse die Konsequenzen tragen, steht über allem seine Zusage, US-Streitkräfte würden nicht eingreifen in den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Auf den Bildschirmen werden den Amerikanern erschütternde Kriegsbilder gezeigt, während der Präsident der Bevölkerung gut zuredet, er werde darauf achten, „die Schmerzen des amerikanischen Volkes an der Zapfsäule zu begrenzen". Biden kam in der US-Öffentlichkeit mehrere Wochen kaum durch mit seinen Alarmrufen wegen der Ukraine. In rechten Medien hieß es, er wolle von seinen Problemen und fallenden Umfragewerten ablenken. Und wenn Putin einen Angriff wagen sollte, sei das nur möglich wegen Bidens Schwäche. Manche ehemals Friedensbewegte waren skeptisch und erinnerten sich der Lügen von Massenvernichtungswaffen im Irak oder der zahllosen Unwahrheiten über den Fortschritt der Kriege im Irak und in Afghanistan. Wladimir Putin wurde bei alldem offenkundig falsch eingeschätzt. Russische Angriffe und rollende Panzer in einer europäischen Hauptstadt, in der Menschen an normalen Tagen in öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren oder mit Laptops und Handys in Cafés sitzen, das war auch in den USA vor dem 24. Februar kaum vorstellbar. Die Rechtfertigung in Moskau, man wolle die Ukraine „entnazifizieren", ist zu erlogen, um Zugkraft zu entfalten.

Ein Plan für danach

Nun wandelt sich die Stimmung in der US-Politik. Militärisches Denken kann in Washington auf ganzer Linie triumphieren. Im Interview mit dem Magazin *Foreign Policy* meinte der demokratische Abgeordnete Ro Khanna, 2020 Bernie Sanders' außenpolitischer Berater im Wahlkampf: Er sei früher skeptisch gewesen bezüglich Waffenlieferungen an die Ukraine. Doch „jetzt, da Putin den Krieg begonnen hat, bin ich offen für das, was die Regierung vorschlagen könnte an Beistand für die Ukraine". Und die Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez schrieb, Sanktionen gegen „Putin und seine Oligarchen" seien gerechtfertigt. „Jegliche militärische Aktion darf nur mit Zustimmung des Kongresses stattfinden."

Tonangebend sind Denker mit klarem Feindbild. Hinweise, dass es vielleicht hätte anders kommen können, wäre der Westen auf russische Sicherheitsbedenken eingegangen, sind nicht mehr gefragt. Im Weißen Haus und in Thinktanks scheint die Ansicht vorzuherrschen, dass Putin langfristig gesehen einen großen Fehler gemacht hat. Ex-Außenministerin Madeleine Albright nennt es eine historische Fehlentscheidung. Als ehemaliger CIA-Beamter, der „in Zentralasien Counterinsurgency-Operationen gemanagt hat", vermerkt der Geheimdienstexperte Douglas London im Fachmagazin *Foreign Affairs*, er gehe davon aus, dass Putin nicht angegriffen hätte, ohne ein „verlässliches Endszenario" im Kopf. Doch die besten Pläne könnten sich schnell erledigt haben gegen nationalen Widerstand und einen Aufstand. Für den Fall eines Sturzes der Regierung in Kiew existiere wohl bereits jetzt ein geheimes Programm, um dem Widerstand beizustehen, mutmaßte London. Insurgency zu unterstützen, das liege „in der DNA der CIA".

Die Republikaner sind hin- und hergerissen zwischen festsitzender Feindseligkeit gegenüber Russland bzw. der Sowjetunion und dem Respekt des Trump-Flügels für den autokratischen Staatschef in Moskau. Ex-Außenminister Mike Pompeo hatte eine Woche vor dem Einmarsch geäußert, Putin sei ein „sehr fähiger Politiker", er genieße „enormen Respekt". Trump selbst meinte kurz vor der Invasion bei einem Fundraiser in Mar-a-Lago, Putin sei ziemlich clever. Er nehme ein riesiges Land in Besitz bei nur geringfügigen Sanktionen, wörtlich: „Sanktionen im Wert von zwei Dollar".

Putin sei ziemlich clever, hatte Trump vor der Invasion noch kundgetan

Mitch McConnell, der oberste Republikaner im Senat mit seinem schwierigen Verhältnis zu Trump, hat hingegen Militärhilfe für die Ukraine verlangt. Putin sei „böse und gefährlich", sagt Kevin McCarthy, Sprecher der Republikaner im Repräsentantenhaus. Aber die Welt des Donald Trump hat der Ukraine und Wolodymyr Selenskyj nie verziehen, für monatelange, letztendlich ergebnislose Ermittlungen zur Amtsenthebung Trumps verantwortlich zu sein. Selenskyj kam dessen Aufforderung nicht nach, Ermittlungen gegen den in ukrainischen Energiegeschäft tätigen Sohn des damaligen Präsidentschaftskandidaten Biden anzukündigen.

Bei Fox News und anderen rechten Medien hat man Sympathien für starke Männer wie Putin und den ungarischen Premierminister Viktor Orbán. Sie gelten als Bewahrer traditioneller Werte, die in den USA in Gefahr seien. Noch einmal der Ex-CIA-Mann Douglas London: Schon oft hätten große Mächte Krieg geführt gegen schwächere und seien dann steckengeblieben. Die USA in Vietnam, im Irak und in Afghanistan, die Sowjets ebenfalls in Afghanistan. Im demokratischen Thinktank Brookings Institution hat Sicherheitsexperte Bruce Riedel betont: Die USA und die NATO sollten dem Widerstand in der Ukraine beistehen, jedoch offenen Auges für mögliche Kosten und Risiken. Die Invasion könne „eine weitere geopolitische Katastrophe für Russland" werden, allerdings nur, „wenn wir dem ukrainischen Widerstand helfen".